Z 1914 2. 82. 1914. 2. 82 (1918. 15)

Nr. 177 XXVI. Jahrgang

Dienstag, 2. Juli 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 80 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Villen- oder Kunstdienst 10 % Preiszuschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach beigelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Anzeigenannahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifsatz an.

Bezugspreise:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich M 1.20, vierteljährlich M 3.60 frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Bestellung in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.30, vierteljährl. M 3.90
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.45, „ „ 4.35
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.32, „ „ 6.96
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10, Einz.-Nomm. 10 Pf.

Mehr als 190000 Gefangene seit 21. März

Beratungen im französischen Hauptquartier — Die russischen Verhandlungen mit den Tschecho-Slowaken abgebrochen — Eine amerikanische „Sozialisten-Abordnung" mit vorgeschriebener Marschroute nach Europa

Sowjets und Entente

Die wichtigste Meldung über die Vorgänge in Sibirien übermittelt Reuter aus Charbin: „Oesterreichisch-deutsche Kriegsgefangene haben Irkutsk besetzt. Die Tschecho-Slowaken haben sich in der Richtung Krasnojarsk zurückgezogen." Es kann sich bei dieser Meldung um Stimmungsmache mit dem Zweck handeln, die Intervention in Sibirien zu begründen. Ist es aber richtig, daß die tschechisch-slowakischen Truppen aus Irkutsk vertrieben sind — und an der Tatsache sollte man nicht zweifeln, vielleicht nur an den Kriegsgefangenen —, so hat dies besondere Bedeutung. Irkutsk ist gewiß die nennenswerteste Stadt in diesem entfernten Teile Rußlands. Handel und Industrie erreichten dort fast europäische Entfaltung. Irkutsk ist mit Europa, mit Wladiwostok und mit Port Artur durch Eisenbahnen verbunden. Der Transitverkehr nach der nahen Mongolei und der Mandschurei ist sehr rege. Wenn diese Stadt für die Sowjets gerettet ist, verdient das Beachtung. Die gegenrevolutionären Truppen müssen westwärts zurückweichen, aber hier dürften sie bald auf Sowjettruppen stoßen:

z. Zürich, 1. Juli. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Das Mailänder „Secolo" meldet aus Petersburg: Der Moskauer Sowjetrat hat die Verhandlungen mit den Tschecho-Slowaken abgebrochen und die militärische Niederwerfung des Aufstandes in Sibirien in die Wege geleitet. — Das Pariser „Journal" meldet: Die Vorstädte von Jekaterinburg sind von den Tschecho-Slowaken besetzt. Der Zar wurde in Jekaterinburg nicht mehr vorgefunden.

Die amtlichen Sowjet-Zeitungen veröffentlichen die neuen Bestimmungen über die Rote Armee. Alle Männer zwischen 18 und 40 Jahren werden zwei Monate ausgebildet ohne Verpflichtung auf Kasernierung. Sie müssen sich während der Uebungen bei den lokalen Sowjets anmelden. Die Wehrpflichtigen brauchen sich nur auf besondere Gestellungsorder einzufinden. Nach der eifrig betriebenen Bildung der Roten Armee darf man schließen, daß die Sowjets energisch sowohl gegen die Tschecho-Slowaken als auch

gegen die Entente

vorzugehen gedenken, die ihnen ziemlich offen den Krieg ansagt:

* Wien, 1. Juli. „Kijewskaja Mysl" gibt eine Meldung der Moskauer „Raschi Slowo" wieder, die Entente habe sich entschlossen, in Rußland einzugreifen, weil dieses die deutsche Forderung auf Auslieferung der Schwarzmeerflotte angenommen habe. Ein Auftreten der Entente in Sibirien, an der Murmanküste und bei Archangelsk sei zu gewärtigen. Die Sowjetregierung werde in diesem Falle Deutschland um Hilfe bitten. Trotzkij habe bereits einem Mitarbeiter des russischen Pressebureaus erklärt, daß, falls Rußland zwischen der Besetzung durch Japaner und Deutsche zu wählen hätte, es die letzteren vorziehen werde.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur hat das russische Kommissariat der auswärtigen Angelegenheiten durch eine Note bei der englischen Regierung gegen die Anwesenheit englischer Truppen im Murmangebiet Einspruch erhoben. In der Note wird betont, daß das arbeitende russische Volk keine andre Sorge habe, als in Frieden und Freundschaft mit allen andern Völkern zu leben. Es bedrohe niemand mit Krieg und keine Gefahr könne England von seiner Seite drohen. Der Einfall der bewaffneten englischen Abteilung sei durch keinerlei aggressive Unternehmung russischerseits veranlaßt. Die Note drückt die sichere Erwartung aus, daß die englische Regierung die der internationalen Lage widersprechende Maßregel rückgängig machen werde, und daß das russische arbeitende Volk, das innigst wünsche, in ungestörten freundschaftlichen Beziehungen zu England zu bleiben, nicht gegen seinen Willen in eine Lage versetzt werde, die seinen aufrichtigsten Bestrebungen nicht entspreche.

•

Der Wahlsieg der Bolschewiki

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Genf, 1. Juli

Die Londoner „Times" melden aus Moskau: Die Sowjetwahlen haben in ganz Rußland den Bolschewiki 92 Prozent aller abgegebenen Stimmen zugeführt.

•

Kerenskijs Agitation

* Genf, 1. Juli

Kerenskij ist in Paris angekommen. Er sucht mit Hilfe des französischen Sozialisten Moutet die Pariser Presse durch Versprechungen von Sensationsartikeln zu gewinnen. Mit den antimaximalistischen Führern in Charbin ohne Fühlung, beabsichtigt Kerenskij, durch einen persönlichen Verkehr mit Wilson und Lansing in Washington die oberste Leitung jener Charbiner Verschwörern zur Verfügung zu stellen amerikanischen Hilfsgelder zu erlangen, und dies mit der Begründung, daß die Charbiner Persönlichkeiten, wie Miljukow, Gutschkow usw., die für die politische Wühlarbeit erforderliche Geschicklichkeit und Autorität vermissen ließen.

•

Romanows in England?

* Kopenhagen, 1. Juli

„Extrabladet" meldet aus Stockholm: Die Mitglieder der Zarenfamilie flüchteten an Bord eines englischen Fahrzeuges das vor einigen Tagen aus Archangelsk eintraf, aus Rußland und kamen in England an.

•

Ministerwechsel in Georgien

Der georgische Ministerpräsident Ramischwili ist, wie aus Tiflis berichtet wird, zurückgetreten und der jetzige Vorsitzende des Landtags Noe Dschordania hat den Vorsitz des Kabinetts übernommen. Dieser Personenwechsel bedeutet keine Aenderung im Charakter der Regierung, da Ramischwili und Dschordania Parteigenossen sind. Die georgische Regierung wird daher ihre gegenwärtige politische Richtung beibehalten. Der neue Ministerpräsident Dschordania, eine in Rußland und in Kaukasien sehr bekannte Persönlichkeit, ist der anerkannte Führer seiner Partei und besitzt auch in Deutschland viele Freunde. Es ist anzunehmen, daß Ramischwili im Kabinett geblieben ist und das Portefeuille des Innern übernommen hat, das er bereits in der inzwischen aufgelösten Transkaukasischen Republik innehatte, bevor er am 26. Mai bei der Gründung des georgischen Staates das Amt des Ministerpräsidenten erhielt.

Wilson wird antworten

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

a. Basel, 1. Juli

Wie die Londoner „Times" aus Washington melden, wird am 4. Juli Wilson eine öffentliche Rede halten als Antwort auf die Wiener und Berliner Friedensauslassungen, die der Präsident als ungeeignet zu Friedensdiskussionen Amerikas erachtet.

Kennzeichnend für die Art und Weise, wie man von Amerika aus versucht, die unbequemen sozialistischen Friedensbestrebungen zu beeinflussen, ist die Zusammensetzung der amerikanischen Abordnung zur Londoner Arbeiterkonferenz. Unter den auch hier vertretenen Namen fällt zunächst der in der letzten Zeit durch seinen Redestreit mit Professor Quidde besonders hervorgetretene Professor E. Herron auf. Dieser merkwürdige Freund Wilsons hat die ehrenvolle Aufgabe, den amerikanischen Sozialismus in London zu vertreten. An der Spitze der aus sieben Mitgliedern bestehenden Abordnung war ein Herr Simons aus Wisconsin zu finden, der früher einmal der Sozialistenpartei angehört hatte. Auch der zweite Vertreter, der Schriftsteller John Spargo, gehört bereits seit längerer Zeit der Sozialistenpartei nicht mehr an, ja ist sogar einer der Hauptbegründer der neuen sogenannten nationalen Partei in Amerika. An dritter Stelle findet man einen der wütendsten Imperialisten aus der Gefolgschaft Wilsons, Charles Edward Russell, der aus der Sozialistenpartei wegen seiner kriegshetzerischen Gesinnung austreten mußte. Die drei übrigen Teilnehmer sind von untergeordneter Bedeutung. Mit dem amerikanischen Sozialismus haben sie jedenfalls niemals in Verbindung gestanden.

Londoner Blätter berichten aus Washington, daß sich Wilson mit der Absendung der Abordnung nach Europa, die der Fortsetzung des Krieges günstig gestimmt ist, einverstanden erklärte unter der Bedingung, daß sie sich verpflichtet, nicht an der in Bern stattfindenden Konferenz der deutschen und österreichischen Abgeordneten teilzunehmen.

Rege Erkundungstätigkeit des Feindes zwischen Aisne und Marne

× Großes Hauptquartier, 1. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Gefechtstätigkeit lebte am Abend an vielen Stellen der Front auf. Lebhafte Erkundungstätigkeit hielt an. Englische Teilangriffe nördlich von Albert wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Zwischen Aisne und Marne rege Tätigkeit des Feindes. Mehrfach stieß Infanterie zu starken Erkundungen vor. Bei und südlich von St.-Pierre-Aigle griff der Franzose gegen Mittag nach heftiger Feuervorbereitung an. Er wurde abgewiesen. Ebenso scheiterten hier nächtliche Vorstöße des Feindes.

Leutnant Löwenhardt errang seinen 22. Luftsieg.

Nach Abschluß der Prüfungen beträgt die Zahl der seit Beginn unsrer Angriffsschlachten — 21. März 1918 — bisher über unsre Sammelstellen abgeführten Gefangenen, ausschließlich der durch die Krankenanstalten zurückgeführten Verwundeten

191 454.

Davon haben die

Engländer 4239 Gefangene, darunter vier Generale und etwa 2100 Offiziere, die

Franzosen 89 099 Gefangene, darunter zwei Generale und etwa 2100 Offiziere,

verloren. Der Rest verteilt sich auf Portugiesen, Belgier und Amerikaner.

Von den Schlachtfeldern wurden bisher 2476 Geschütze und 15 024 Maschinengewehre in die Beutesammelstellen zurückgeführt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Graf Hertling im Großen Hauptquartier

Der Reichskanzler Graf Hertling ist gestern abend in das Große Hauptquartier abgereist. In seiner Begleitung befinden sich der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei v. Radowitz, der Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler, Oberst v. Winterfeld, und der Sohn des Reichskanzlers, Rittmeister Graf Hertling. Der Aufenthalt des Kanzler im Großen Hauptquartier dürfte, wie der „Berl. Lokalanz." schreibt, allgemeinen Besprechungen, insbesondere auch über die Bündnisverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, gelten.

Clemenceau im französischen Hauptquartier

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Genf, 1. Juli

Die Pariser Blätter vom Sonnabend melden die Abreise des Ministerpräsidenten und der Armeekommission in das Hauptquartier. Der „Matin" schreibt: „Wir stehen unmittelbar vor wichtigen Ereignissen die geeignet sind, den Verlauf des diesjährigen Feldzuges zu bestimmen oder ihn doch entscheidend zu beeinflussen."

Wegschaffung der Bank von Frankreich

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Genf, 1. Juli

Die „Humanité" meldet die Ueberführung der Bureaus der Bank von Frankreich aus Paris nach Agen an der Garonne.

Der „sichere Sieg"

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

u. Wien, 1. Juli

Die „Mittagszeitung" meldet aus Paris über Zürich: Der amerikanische Oberkommandierende in Frankreich hat Deputierten des Kriegsgebietes die Erklärung abgegeben, daß der sichere Sieg der Entente im Januar erfolgen würde. Anfang Januar würden 1½ Millionen Amerikaner in Europa sein, worauf die Entscheidung des Krieges fallen werde. Es fehle nur noch eine kurze Zeit Ausdauer.

(Die Amerikaner gehen wie mit ihrer Hilfe, so auch mit ihren Versprechungen schrittweise vor. Erst hieß es, daß dieser Sommer oder Herbst den „sicheren Sieg" bringen würde. Jetzt wird der Termin schon bis Januar hinausgeschoben. Bis dahin dürften die Amerikaner noch einige Erfahrungen gemacht haben, die ihre Siegessicherheit von neuem ins Wanken bringen. — D. Red.)

Interalliierte Handelskonferenz

× Amsterdam, 30. Juni

„British News" erfahren von ihrem Londoner Korrespondenten, daß in der nächsten Woche eine interalliierte Konferenz der parlamentarischen Handelskommissionen in London stattfinden werde, an der Delegierte Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Serbiens und Portugals teilnehmen werden. Die Vereinigten Staaten werden inoffiziell vertreten sein. Die erste Konferenz wurde 1917 in Rom abgehalten. Die Konferenz wird sich hauptsächlich mit dem Bericht beschäftigen, der auf Wunsch der englischen parlamentarischen Handelskommission entworfen worden ist. Es sollen die besten Maßnahmen festgelegt werden, um nach dem Kriege den verschiedenen angeblichen Methoden, mit denen die deutsche Handelskonkurrenz arbeitete, entgegentreten zu können. Auch wird ein Entwurf für einen interalliierten Handelsverband vorgelegt werden, durch den gemeinsame Maßnahmen des Handelsschutzes regelmäßig vorbereitet werden sollen.

Es bleibt alles, wie es war

Von unserm ld-Mitarbeiter

Wien, 29. Juni

Am 15. März ging das Abgeordnetenhaus in die Osterferien, am 16. Juli wird es wieder zusammentreten. Die Osterferien, dann die Vertagungspause, die im April darauf folgte, sollten zu Verhandlungen der Regierung mit den Parteien benützt werden, um das Parlament flottzumachen. Es wurde auch tatsächlich unausgesetzt verhandelt, von früh bis abend. Regierung und Parteien kommen aus den Konferenzen gar nicht heraus, und wenn politische Zwiegespräche das Allheilmittel für krankhafte politische Zustände wären, der österreichische Staat müßte schon längst von Gesundheit strotzen. Leider aber ist das nicht der Fall. Es wird verhandelt und verhandelt und man kommt keinen Schritt vorwärts. Das viele Verhandeln hält das Handeln hintan. Wenn der Reichsrat nach viermonatiger Unterbrechung wieder zusammenkommen wird, wird man in der innerpolitischen Krise genau dort stehen, wo man im März stand. Nicht die Regierungsmehrheit, nicht die Arbeitsmehrheit, nicht die Abwehrmehrheit, ja nicht einmal die Zweckmehrheit wird bestehen, jene Mehrheit nämlich, die einzig zu dem Zwecke geschaffen werden sollte, um das Budgetprovisorium für das erste Semester des kommenden Verwaltungsjahres, den Kriegskredit für diese Zeit und die Steuern für den Zinsendienst der jetzigen Kriegsanleihe durchzudrücken. Denn nur um diese „laufenden" Angelegenheiten — deilelbe nicht etwa um die Lösung des österreichischen Innenproblems! — handelte es sich von allem Anfang an. Und wenn das Haus wieder zusammentritt, wird man es vielleicht im Kuhhandel mit dem Polenklub dahin gebracht haben, daß sich ein Großteil dieser Gruppe der Abstimmung enthält und dadurch eine kleine Mehrheit für die genannten Staatsnotwendigkeiten, die in jedem andern Lande als Selbstverständlichkeiten gelten, zustande kommt. Vielleicht! Gewiß ist das noch lange nicht.

Die Parlamentskrise, die ausgebrochen war, weil man für diese Selbstverständlichkeiten keine Mehrheit fand, wird also nicht durch Schaffung einer solchen Mehrheit gelöst, sondern bestenfalls durch erhandelte Abwesenheit von Abgeordneten umgangen. In einer Beziehung freilich ist eine auf diese Krise sich beziehende erfreuliche Kundgebung zu verzeichnen. In dem heute veröffentlichten Handschreiben des Kaisers an den Ministerpräsidenten ist neuerlich ein feierliches Bekenntnis zum Parlamente enthalten. Der Kaiser beruft den vertagten Reichsrat wieder ein, weil es, wie er sagt, sein fester Wille ist, keine Unterbrechung in der parlamentarischen Regierungsform eintreten zu lassen. Damit sind alle Gerüchte von der angeblich bevorstehenden Wiederaufrichtung der §-14-Wirtschaft gründlich widerlegt. Die Verfassung wird nicht ausgeschaltet, das Parlament wird wieder tagen. Bekanntlich gibt es hierzulande eigentümlicherweise sogar Volksvertreter, die begeisterte Anhänger der Verdrängung des Parlaments durch das Oktroi sind. Der Hoffnung auf Erfüllung dieses Herzenswunsches macht das Handschreiben ein Ende. Nun ist es an den Parteien, zu zeigen, daß wie die Krone, so auch sie das Parlament bejahen, indem sie, was in allen kriegführenden Staaten auch seitens der Opposition geschieht, die Mittel zum Leben und zur Verteidigung dem Staate votieren. Diese Mittel werden nicht einer Regierung, sondern allüberall dem Staate votiert, und es ist eine sehr auffällige österreichische Spezialität, daß es Parteien, bürgerliche Parteien sogar, gibt, die die Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Ausgaben, auch in den Kriegsausgaben, entweder ganz verweigern oder nur gegen Zugeständnisse an die betreffende Parteigruppe zu bewilligen bereit sind.

Bleibt noch ein Wort über die Lösung der Ministerkrise zu sagen. Es bleibt alles, wie es war. Im Laufe eines Jahres hat Herr v. Seidler dreimal um seine Entlassung gebeten, immer wurde sie verweigert, und nun haben wir — wie gesagt: im Laufe des Kalenderjahres — das vierte Ministerium Seidler. Allein man muß schon sagen: auch diejenigen, die sonst nicht zu den unbedingten Verehrern dieses Staatsmannes zählen, werden diesmal über sein Verbleiben im Amte eine gewisse Befriedigung empfinden. Aus zwei Gründen: einmal, weil die deutschen Parteien — ob mit Recht oder Unrecht sei hier nicht untersucht — auf Herrn v. Seidler sich festgelegt haben und seine Entlassung darum eine starke Schlappe für den deutschen Nationalverband bedeutet hätte. Und zweitens darum, weil Seidlers Entfernung diesmal gleichbedeutend gewesen wäre mit einem Kotau vor dem Diktat der Polen, die die ganze Außen-, aber auch die ganze Innenpolitik ausschließlich und allein nach ihren ganz besonderen Forderungen einrichten möchten. Daß solcher Einseitigkeit und Ueberhebung ein Klaps versetzt und ein Halt zugerufen wurde, kann nach außen und nach innen nur wohltuend wirken.

Die österreichische Sozialdemokratie über den Frieden

* Wien, 1. Juli

Die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht eine Erklärung, die die Vertreter der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie Seitz und Ellenbogen im Haag Troelstra übergeben haben. Die Erklärung stellt zunächst folgende Grundsätze für den sozialdemokratischen Frieden auf: Vereinigung aller Völker zu einem Völkerbunde, der die internationale Abrüstung durchführt, alle

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180702/1